Nürnberg,
Dienstag, den 22 März 1932

Viertelj. einschließlich Bringerlohn RM. für Nichtmitglieder nur Halbjahr 3.— Anzeigenpreise: Die einspaltige Nonpareillezeile (Millimeterzeile) ausgeschl. Ortsteil 40 Pf. Stellenangebote 30 Pf. Mitgliederanzeigen die Hälfte. Redaktionsschluß Sonntag. Fernsprechnummer der Redaktion Nürnberg 24471 — Anzeigenannahme und Redaktion Nürnberg 4, Pfannschmidstraße 1 — Verantwortlicher Schriftleiter Eugen Schaffer — Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 23989 Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

Der Schuhmacher

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen an „Der Schuhmacher" Nürnberg, Pfannschmidstraße 4 abhalten

Nr. 13
46. Jahrgang

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Osterglaube der Arbeit

Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen.
Goethe, Faust.

Erlösung von allem Leiden, Ueberwindung von allem Knechtenden — Ostern: es wird nur werden durch die eigene Tat. So singt der „Faust" aus. Das war Goethes letzte und reifste Erkenntnis.

„Nur Kämpfer sein", heißt, „ein Mensch zu sein". So hatte er es vorher schon einmal ausgesprochen. Und der Dichter wuchs in die Tiefe dieser kämpferischen Gestaltungswelt. Immer mehr erfand in ihm die Ehrfurcht vor der eigenen Neugestaltung. Und die Tat wurde ihm zum höchsten Ausdruck des Göttlichen.

„Wir" erlösen, wenn der Mensch strebt und ringt. Eingefügt sind die soziale Tat in den Weltgedanken. Der kämpfende Mensch steht nicht allein. Er ist nicht aus dem Ewigen losgerissen. Er nähert das Ewige, und das Ewige hält ihn. In der Tat ringt das Tiefinnere, Erhabene.

Warum wenden sich so manche immer noch vom Kampfgedanken ab? Er soll roh sein? Er soll deine Seele nicht befriedigen können? Er soll dem Suchen der Frau nichts zu geben vermögen? Nichts der glaubenden Jugend?

Wer das sagt, der hat den Kampf um Gestaltung noch nie in einer sittlichen Tiefe erlebt. Das Göttliche ringt nur in der Ueberwindung.

Jahrhunderte hindurch hat man das Leiden zu sehr verehrt. Im Gekreuzigten, und nur Ostern feierte man auch den siegreichen Glauben, den Triumph. Darum fand Goethe auch das Symbol des Kreuzes mit dem gequälten Leibe als einseitige Darstellung der Christusidee und des Osterglaubens. Das Höhere im Göttlichen war ihm das Triumphierende, das Ueberwindende. Und er erlebt es, der in eigener Tat um die neue Arbeit in „Gemeinnutz" ringt.

Zur Religion hat Goethe-Faust die Tat des kämpfenden Menschen gehoben. Kämpfertum ist heiliges Menschentum. Kämpfertum ist heiliges Werk. Kampf ist heiliger Dienst an dem guten Werke.

Gerechtigkeit, Liebe, Freiheit, Brüderlichkeit aller Menschen: nenne es, wie du nur willst! Umgib es mit religiösen Formen, wie du nur möchtest! Trefft erleben kannst du das heilige nur im glaubenden Kampf.

Religion beginnt, sich mit Tat zu binden. Arbeit will zugleich Göttlichkeit sein. Menschen wollen mit Menschen zusammenstehen in einem Erleben.

Die Geschichte des Leidens neigt sich. Ostern leuchtet. Ostern des Siegs.

Dr. Gustav Hoffmann.

Osterlied

Seht, Brüder, wie die Sonne
die starre Welt verjüngt,
so glaubt, daß unser Wille
die Erde einst bezwingt!

Es wird ein Frühling kommen
einst über alle Welt,
da uns die schöne Sonne
der Menschlichkeit erhellt.

Der Mensch wird auferstehen
aus reinem, roten Blut,
es wird der Himmel blühen;
der Mensch, der Mensch ist gut!

Seht, Brüder, wie die Sonne
die alte Welt verjüngt,
so glaubt, daß unser Wille
die Erde einst bezwingt.

Erich Walter Unger.

Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus

Dem Arbeitnehmer hat die Epoche der Wirtschaftskrise eine traurige Verlustbilanz gebracht. Er bezahlt die Krise mit Hunger, Not und Verelendung. Der vielleicht schwerste Verlustposten in der Bilanz des Arbeiters ist die wachsende Unsicherheit der Existenz bei den Beschäftigten, die steigende Qual der Untätigkeit bei den Arbeitslosen.

Auch für die **Arbeiterbewegung** bedeutet die andauernde Wirtschaftskrise eine schwere Verlustbilanz. Die starke Verelendung der Arbeiterschaft, der Einkommensrückgang und die Arbeitslosigkeit, beeinflussen die Mitgliederzahl der Gewerkschaften und schwächen ihre finanzielle Durchschlagskraft. Der Abbau der Sozialversicherung vernichtet manche Frucht langjähriger Kämpfe für den sozialen Schutz und den Ausbau des Arbeitsrechts. Die Weltkrise rief die unterirdischen Kräfte der Reaktion auf den Plan. Die faschistische Gefahr, die die Freiheit der Arbeiterbewegung zu vernichten droht, hat sich als Krisenprodukt der Krise stark erhöht und vergiftet die politische Luft. Glücklicherweise wurden in der Arbeiterbewegung starke Gegenkräfte zur Abwehr dieser Angriffe wachgerufen. Glücklicherweise blieb der größte Teil des Proletariats von diesem Gifte unberührt und steht treu bei seiner Fahne. Das ist die Hoffnung und die Zuversicht, daß die schwere Heimsuchung der Arbeiterschaft nicht lange dauern und von einem neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung abgelöst werden wird.

Die Fahne, um die sich das Proletariat schart, ist die rote Fahne des **Sozialismus**. Sein Kampf gilt der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Anschauungsunterricht der Wirtschaftskrise gibt Gelegenheit zur Vertiefung der Kritik der kapitalistischen Wirtschaft. Er wirft aber mit neuer Schärfe auch die Fragen auf nach den Aussichten des Sozialismus und nach den Wegen, die zu ihm führen.

Die ungeheure Wirtschaftskrise ist ein Zeugnis für den völligen Bankrott des Kapitalismus. Es muß jedem Einsichtigen klar werden, daß dieses Wirtschaftssystem nicht weiterhin, weiter erhalten zu werden. Die literarischen Klopffechter des Kapitalismus versuchen uns zwar — neuerdings wurden wieder solche Versuche gemacht — weißzumachen, der Kapitalismus sei bei weitem nicht so schlimm, wie er zu sein scheint, da er im Durchschnitt der Jahre der guten Konjunktur und der Krise doch eine wesentliche Steigerung des Produktionsertrags und damit auf die Dauer auch steigende Reallöhne für die Arbeiterschaft sichere. Es wird gesagt, daß eine sozialistische Wirtschaft, die die persönliche Initiative des Unternehmers, der durch das Profitstreben zu Höchstleistungen angestachelt werde, entbehre und die von der Verbürokratisierung der Wirtschaftsleitung bedroht werde, im Durchschnitt der Jahre weniger produzieren würde als, trotz aller krisenhaften Rückschläge, die kapitalistische. Wir sind da anderer Meinung und glauben, daß die Produktivität einer planvoll geleiteten sozialistischen Wirtschaft unbedingt größer sein muß als die einer kapitalistischen, zumal gerade die letztere in großem Umfang verbürokratisiert ist, und, wie es sich in der Krise herausgestellt hat, die kapitalistischen Wirtschaftsleiter, die Spitzen des Finanz- und Industriekapitals, ihren Aufgaben weder privatwirtschaftlich noch volkswirtschaftlich gewachsen sind. Der Kapitalismus wäre jedoch **selbst dann** reif zum Verschwinden, wenn eine sozialistische Wirtschaft nicht in der Lage wäre, auf die Dauer größere Produktmengen herzustellen als die kapitalistische. Wir glauben, daß die folgenden Hinweise die Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus vom Standpunkt des Proletariats selbst dann begründen würden, wenn der Kapitalismus im Durchschnitt der Konjunktur- und der Krisenperioden etwas mehr produzieren könnte als die sozialistische Wirtschaft.

Erstens räumt der wahre demokratische Sozialismus mit der **Herrschaft** einiger wenigen auf, die dank ihres Besitzes an Produktionsmitteln die Wirtschaft beherrschen. An Stelle der Willkürherrschaft weniger Begünstigter tritt die Selbstbestimmung der Gesellschaft, die über die Verwendung der Produktionsmittel zugunsten der Gesamtheit verfügt. Je mehr die monopolistische Herrschaftsmacht der Industriebarone in der hochkapitalistischen Wirtschaft anwuchs, je mehr sich die Mißbräuche der Monopolherrschaft und die Unfähigkeit der Wirtschaftsführer herausstellten, um so stärker muß der Wunsch sein, dieser volksfeindlichen Herrschaft den Garaus zu machen.

Zweitens räumt der Sozialismus mit den gewaltigen **Einkommensunterschieden** im Kapitalismus auf, die objektiv zu den schwersten wirtschaftlichen und sozialen Schäden führen, subjektiv aber vor dem erwachten sozialen Bewußtsein des modernen Proletariats moralisch immer unerträglicher geworden sind. Die Empörung, daß die Herren Generaldirektoren selbst heute, wo Millionen und aber Millionen dem Elend preisgegeben sind, noch fürstliche Einkünfte beziehen, ist ein Zeichen dafür, daß die kapitalistische Einkommensverteilung auf die Dauer als etwas Unerträgliches empfunden wird.

Drittens will die kapitalistische Wirtschaft das **Recht auf Arbeit** und auf **Sicherung der Existenz** nicht anerkennen, während jede sozialistische Wirtschaftsordnung diese Rechte als ihre Grundpfeiler aufrichten würde. Zwar sorgen auch einzelne kapitalistische Staaten für ihre Arbeitslosen. Sofern das aber geschieht, so wird dadurch ein im Wesen antikapitalistisches Prinzip verwirklicht. Und so sehen wir denn auch, daß der soziale Schutz nur mit äußerster Anstrengung erkämpft werden kann und daß er bei jeder Verschlechterung der Wirtschaftslage von neuem bedroht wird.

Viertens ist es die **Krise** selbst, die als die schauerlichste Mißgeburt des Kapitalismus angeprangert werden muß. Selbst im Falle, daß der Kapitalismus im Durchschnitt von Konjunktur und Krise mehr produzieren könnte, als eine sozialistische Wirtschaft ohne Hochkonjunktur und ohne Krise, selbst dann wäre die sozialistische Wirtschaft der kapitalistischen unter allen Umständen vorzuziehen. Den von der Krise heimgesuchten Arbeitern ist es kein Trost, daß sie später in Zeiten eines neuen Aufschwungs vielleicht wieder gut verdienen werden. Das Elend, das die Krise stiftet, die Demütigung und Verzweiflung der Arbeitslosen, die Vernichtung zahlreicher Existenzen sind Schicksalsschläge, die auch durch eine bessere Versorgung in der Zeit der Hochkonjunktur nicht aufgewogen werden. Was der Arbeiterklasse in der Krise genommen wurde, das läßt sich später **überhaupt nicht** wieder gutmachen.

Wenn demgegenüber von Vertretern des kapitalistischen Wirtschaftssystems behauptet wird, die **Krise sei auch im Sozialismus** möglich, ja unvermeidlich, so ist diese Behauptung bestimmt falsch. Freilich können auch in einer sozialistischen Wirtschaft Fehlinvestitionen erfolgen, wenn der Wirtschaftsplan unrichtig aufgestellt oder durchgeführt wird, oder wenn unvorhergesehene Ereignisse eintreten. Aber — wie Otto Bauer in seinem Buch Rationalisierung Fehlrationalisierung so überzeugend schildert — die wichtigsten Verlustquellen der Wirtschaft können in einer sozialistischen Wirtschaft leicht verstopft werden. Verlustquellen, die sich einmal daraus ergeben, daß das kapitalistische Privatinteresse und das Interesse der Volkswirtschaft nicht zusammenfallen, so daß immer wieder Handlungen der Privatkapitalisten erfolgen, die zwar für sie günstig sind, jedoch der Volkswirtschaft schaden. Was aber hier betont werden soll, ist die Tatsache, daß die **Wirkungen von Fehlinvestitionen** im Kapitalismus ganz andere sind als im Sozialismus. Im Kapitalismus müssen sie zu Mißverhältnissen (Disproportionalitäten) führen und damit zur Krise, während im Sozialismus solche Fehlleitungen nur die zeitweilige Verminderung des Produktionszuwachses, nicht aber die krisenhafte Erschütterung der Wirtschaft zur Folge haben.

So eindeutig und klar demnach die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft gegenüber der kapitalistischen vor uns stehen, so sehr auch die Einsicht der breiten Massen über die wirtschaftliche und moralische Verwerflichkeit des Kapitalismus gerade in der Krisenzeit wächst, so schwierig ist die Beantwortung der anderen Fragen, welche **Aussichten** für die Verwirklichung des Sozialismus vorhanden sind und welche Wege zum Sozialismus führen. Denn die sofortige und volle Verwirklichung des Sozialismus scheitert sowohl an den politischen Machtverhältnissen wie am wirtschaftlichen Beharrungsvermögen, das die Entstehung neuer Wirtschaftsformen mit einem Schlag nicht gestattet und sie nur in einem fortlaufenden Prozeß allmählich zuläßt. Kann doch selbst in Sowjetrußland, wo die politischen Machtverhältnisse sich unbeschränkt in der Hand der herrschenden Regierung befinden, die neue Wirtschaftsform im Wirtschaftsprozeß sich nur allmählich durchsetzen.

In unserer Zeit der gewaltigen Wirtschaftskrise erfolgen nun die scharfsten Eingriffe in die Wirtschaft. Eingriffe, die die Grundfesten der kapitalistischen Wirtschaftsfreiheit erschüttern, und die in diesem Umfang bisher allein in der Kriegswirtschaft erfolgten. So redet man heute mit Recht vom **Staatskapitalismus**, worunter nicht nur die Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft, sondern gerade jene weitestgehenden Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit des Kapitalismus verstanden werden. Mit demselben Recht kann gleichzeitig festgestellt werden, daß die staatlichen Eingriffe, die die kapitalistische Wirtschaft zu einem Staatskapitalismus umwandeln, überwiegend derart sind, daß sie nicht dem Proletariat, sondern den Unternehmern nützen, ihnen Subventionen auf Kosten der Allgemeinheit zuleiten, sie auf mannigfaltige Weise entlasten. Beide Feststellungen sind richtig. Trotzdem ist unter dem Gesichtspunkt der sozialistischen Verwirklichung diese Wandlung zum Staatskapitalismus hin nicht gleichgültig. Dadurch, daß den bisher festeten Grundprinzipien des Kapitalismus der Boden abgegraben wurde, wird der Weg auch für einen sozialistischen Aufbau freigelegt, **wenn die Kräfte da sind, die eine solche Entwicklung erzwingen können.** Diese Entwicklung erstrebt unsere Forderung nach **Planwirtschaft.** Die Erschütterung des Kapitalismus und die Entwicklung zum Staatskapitalismus hin müssen es möglich machen, neue Elemente in die Wirtschaftsverfassung einzubauen, die nicht kapitalistisch sind, sondern sich am volkswirtschaftlichen Interesse der Allgemeinheit orientieren. Diese planwirtschaftlichen Eingriffe beziehen sich heute angesichts der gewaltigen Arbeitslosigkeit und der wachsenden Mißverhältnisse zwischen den einzelnen Gliedern der Volks-

wirtschaft, vor allem auf die **Monopol- und die Kreditkontrolle**, die gleichzeitig die weitgehende Kontrolle der **Produktion** einschließt. Da der Kapitalismus in der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten versagte, müssen planwirtschaftliche Eingriffe zugunsten der **Arbeitsbeschaffung** mit Hilfe der staatlichen Einrichtungen eintreten werden. An der Erfüllung dieser Aufgaben, deren Durchführung die weitgehende Einschränkung der Willkürmacht des kapitalistischen Unternehmers bedeuten würde, sollen die Kräfte wachsen, die zur Verwirklichung des Sozialismus verhelfen. H.

Geldwertschwankungen und Wirtschaftskrise

Das Wesen der Inflation ist jedem noch geläufig. Es besteht darin, daß der Gütermenge eine zu große oder zu schnell umlaufende Zahlungsmittelmenge gegenübersteht. Je mehr die Zahlungsmittelmenge wächst, um so rascher geht es mit dem inneren Geldwert bergab. In Inflationsperioden schnellt nur der Güterpreis von Verlusten.

Man sieht in der Geldverwässerung, wie wir sie gegenwärtig in Deutschland haben, das Gegenteil einer Inflation. Es wird sehr häufig von einer Deflationsperiode gesprochen. Theoretisch gesehen ist es in Deflationszeiten umgekehrt wie unter der Inflation. Es herrscht Mangel an flüssigem Geldwert. Die Menschen ziehen das Geld den Gütern vor. Bei fortschreitender Deflation findet eine Aufwertung aller Schulden statt. Infolge sinkender Preise (im Weltmaßstabe gesehen) gewinnt das Geld an Kaufkraft. Ein Hauptmerkmal der Deflation ist die Kreditknappheit. Das Gesetz, nach welchem Geld in Kapital umgewandelt werden muß, um Gewinn zu bringen, ist außer Kraft. Der Antrieb Geld unternehmerisch anzulegen, stockt. — Soweit die Theorie.

Ungefähr seit 1929 sind in der Welt Deflationserscheinungen zu erkennen. Die Deflation hat besonders in den letzten beiden Jahren große Fortschritte gemacht. Sie muß als ein Krisenfaktor ersten Ranges gewertet werden. In der ganzen Welt üben die Geldbesitzer Zurückhaltung bei der Anlage ihres Geldes, aber die Gläubiger fordern die zur Verfügung gestellten Kredite zurück. Die produktive Anlage ihres Geldes erscheint ihnen nicht sicher genug, da infolge der Preissenkungen der Erlös für ein Produkt oft die Kosten der Produktion nicht deckt. Während einer Deflationsperiode sinkt die Rentabilität der Unternehmungen oder geht überhaupt verloren. Ein weiterer Grund für die Abstinenz der Kapitalisten ist die Tatsache, daß das Geld an Wert gewinnt, ohne daß das Risiko der Anlage in Kauf genommen zu werden braucht.

Ebenso wie die Inflation ist die Deflation regelmäßig mit einem Druck auf die Lebenshaltung der Bevölkerung verbunden. Unter dem Druck des steigenden Arbeitslosigkeit sinken die Einkommen schneller, als sich das Preisniveau ermäßigt. Dadurch wird der Binnenmarkt enger und enger, ohne daß durch gesteigerte Ausfuhr ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden kann. Mit Deutschlands in für die beiden letzten Jahre zu erkennen, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der ganzen Welt in dem Maße zugenommen haben, wie die Deflation Fortschritte gemacht hat. Die Deflation läßt das wirtschaftliche Leben erstarren. Die Produktion schrumpft ein, weil die Nachfrage sinkt, und weil es an Krediten fehlt. Die Folge davon ist steigende Arbeitslosigkeit. Da bei der Schrumpfung der Kaufkraft und dem Weiterwirken der Deflation mit weiteren Preissenkungen gerechnet wird, hält jeder Mensch nach Möglichkeit mit seinen Einkäufen zurück: die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Geringe Umsätze, sinkende Gewinne oder Gewinnlosigkeit der Unternehmungen, gekürzte Löhne und Gehälter drücken auf die Einnahmen der öffentlichen Körperschaften. Auf der anderen Seite steigt infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit der öffentliche Finanzbedarf. Es werden neue Steuern ausgeschrieben, obgleich der finanzielle Effekt immer zweifelhafter wird. Diese Steuern schrauben die Massenkaufkraft weiter ein; es werden wiederum Arbeitskräfte freigesetzt. In diesem geschlossenen Zirkel bewegt sich das Wirtschaftsleben seit langer als einem Jahr. Die amtliche Wirtschaftspolitik hat es bisher unterlassen, den Schrumpfungsprozeß zu unterbrechen, sondern hat sogar durch übermäßige Einkommensenkung, der keine entsprechende Preissenkung gegenübersteht, zur Verschärfung des Deflationsdruckes beigetragen.

Die deutschen Arbeitnehmer wehren sich mit Recht gegen eine Wiederholung des Inflationsvorhaltnus der Nachkriegsjahre, aber muß man nicht die Frage aufwerfen, ob die Wirkungen der Geldwertsteigerung, der Deflation, auf den Lebensstandard des arbeitenden Volkes nicht ebenso furchterlich sind wie die der Inflation? Müßte nicht jedes Mittel versucht werden, das geeignet erscheint, den Zusammenbruch der Volkswirtschaft aufzuhalten? Die Erfahrungen der letzten Monate beweisen es, daß von der Politik des Lohndrucks, des falschen Sparens, des Abbauens auf der ganzen Linie keine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwartet werden kann.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Jahre 1931

In einer Zeit, wo die größten und einflußreichsten Bankinstitute Deutschlands und mit ihnen das ganze deutsche Bankwesen aufs schwerste erschüttert sind, war die Bank der deutschen Gewerkschaften, d. h. die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, in der Lage, einen Gewinn von 58 000 RM zu erzielen, ein Betrag, der zur Auszahlung einer Dividende von vier Prozent ausgereicht hätte. Die Verwaltung zog es jedoch vor, diesen Betrag zur Stärkung des Instituts auf neue Rechnung vorzutragen. Das an sich erfreuliche Resultat gewinnt noch an Ansehen, wenn man bedenkt, daß vor Errechnung des Gewinnes bedeutende Beträge zur Reservestellung und zu Abschreibungen verwandt wurden. Die Einleger der Depositenbestand hat sich vorzüglich auf wirklich inländische Depositen und Spargelder — haben sich trotz Bemühungen gewerkschaftsfeindlicher Kreise nicht verlocken lassen das Vertrauen in das von ihnen selber geschaffene Institut zu zugeben.

Glänzend bewährt hat sich die besonders vorsichtige Anlagepolitik, durch die das Institut auch in diesem Jahre der wirtschaftlichen Zusammenbruche von Verlusten verschont geblieben ist. Trotz der Zentnahme der Unkosten von 2283 auf 2210 Millionen Reichsmark stieg im Berichtsjahr die Zahl der Angestellten von 215 auf 231. (Die Arbeiterbank hat seit langem die 40 Stunden-Woche eingeführt.) Die Unkosten für den Verwaltungsrat, dessen Mitglieder ehrenamtlich tätig sind, belaufen sich auf nur 9000 RM.

Kurzarbeiter und Pflicht zur Bürgersteuer

Ueber die Bürgersteuer Ermäßigung für lohnsteuerfreie Arbeitnehmer hatten wir die Leser in Nr. 9 des „Schuhmacher" unterrichtet. Inzwischen hat der Reichsfinanzminister mit dem Städtetag über die weitergehenden Wünsche der Gewerkschaften — die Kurzarbeiter, soweit ihre Verdienste die Bezüge der Wohlfahrtsempfänger nicht übersteigen, von der Bürgersteuer gänzlich zu befreien — verhandelt. Der Städtetag hat daraufhin das nachstehende Rundschreiben an die Landes- und Provinzial-Städtetage gerichtet:

„Zahlreiche Mitgliedstädte haben bei uns Klage darüber geführt, daß die aeltenden Bürgersteuerbestimmungen für Kurzarbeiter, deren Einkommen im laufenden Jahre wesentlich geringer als im Reichsjahr 1930 ist und in vielen Fällen noch nicht einmal die für die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge geltenden Richtsätze erreicht, eine ganz erhebliche Härte bedeuten. Das Reichsfinanzministerium hat in der gleichen Angelegenheit Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften geführt. Mit Rücksicht darauf, daß das Rechnungsjahr, für das die Bürgersteuer erhoben wird, bereits begonnen hat, und auf die Unsicherheit, die durch eine Aenderung im Laufe des Rechnungsjahres für die gemeindliche Finanzgebarung entstände, hat der Herr Reichsfinanzminister davon abgesehen, eine generelle Bürgersteuerbefreiung oder -ermäßigung für die Kurzarbeiter vorzunehmen. Durch mündliche Verhandlungen hat der Städtetag mit dem Herrn Reichskanzler vereinbart, daß es den Gemeinden selbst überlassen bleiben soll, in Einzelfällen je nach den besonderen Umständen des Einzelfalles unter Berücksichtigung der Lataslage der Gemeinde Abhilfe durch geeignete Anwendung von Billigkeitsmaßnahmen zu schaffen. Im übrigen wird die Frage für die Bürgersteuer Durchführungsbestimmungen für 1932 weiter verfolgt werden."

Die Bemühungen um eine allgemeine Befreiung der Kurzarbeiter von der Bürgersteuer werden von den Gewerkschaften fortgesetzt.

Arbeitsbeschaffung des Reichsarbeitsministers

Die Arbeitsbeschaffungsforderungen des ADGB, die jeden auf einem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß eine nachdrückliche Unterstützung erfahren sollen, sind anscheinend nicht ohne Eindruck geblieben. Wie die Tagespresse mitteilt, hat das Reichsarbeitsministerium dem Reichskabinett ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt. Jedoch läßt sich jetzt schon sagen, daß gewisse Einzelheiten nicht den Beifall der Arbeitervertretung finden können. Man muß sich A. Hahnen, jenem der sattsam bekannte „Arbeitsdienst", dessen Kostspieligkeit, Unsinnlichkeit und Unrentabilität man sich allerseits einig war, in diesem Programm eine Rolle spielt. Im übrigen sind die Arbeitsbeschaffungsvorschläge, die gleichzeitig von verschiedenen Punkten aus an die Entlastung des Arbeitsmarktes herangehen sollen, zu begrüßen.

Ueber die Einzelheiten des Inhalts des genannten Planes werden nur oberflächliche Angaben gemacht. Für die zusätzliche Arbeitsbeschaffung soll nach den vorliegenden Vorschlägen die Reichsbahn Aufträge in Höhe von 300 Millionen, die Reichspost in Höhe von 100 Millionen Reichsmark begeben. 200 bis 100 Millionen sollen für Straßenbau, 200 bis 300 Millionen für landwirtschaftliche Meliorationen, 50 Millionen für Wasserbau und etwa 200 Millionen für Forderung des Kleinwohnungsbaus aufgewendet werden. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die Finanzierungsstelle für die produktive Erwerbslosenfürsorge soll zusätzliche 50 Millionen zur Durchführung eines erweiterten Arbeitsprogramms erhalten.

Die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes soll erfolgen durch eine Erweiterung des Personenkreises erfolgen; Jugendliche, die noch keine Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben oder die nicht versicherungspflichtig oder überhaupt nicht Arbeitnehmer sind (Abiturienten, Studenten) und auch die Wohlfahrtserwerbslosen sollen einbezogen werden. Zweitens wird vorgeschlagen, die Dauer der Unterstützung der im Arbeitsdienst Beschäftigten über 20 Wochen hinaus zu verlängern, und drittens die Materialbeschaffung durch Darlehen des Reiches zu erleichtern.

Die Arbeitsstreckung im Kohlenbergbau soll durch Einführung des Krumper-Systems durchgeführt werden, bei dem also die Arbeit durch einen zeitweiligen Urlaub der bisher noch in Arbeit Befindlichen auf eine größere Anzahl Arbeiter verteilt wird.

Insgesamt würde die Durchführung dieses Programms nach überschlägigen Schätzungen etwa 1,2 Milliarden Reichsmark beanspruchen.

Mit der „Gewerkschaftszeitung" in Uebereinstimmung läßt sich wohl sagen, daß die Reichsregierung dem außerordentlichen Umfang des ADGB nicht mit völlig leeren Händen gegenüberstehen möchte. Deshalb die Veröffentlichung dieses Programms. Schon heute läßt sich hinzufügen, daß bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm dem Umfange nach die Gewerkschaften nicht befriedigen kann. Die vorgesehenen Maßnahmen sollen etwa 200 000 Arbeitslosen für die Dauer eines Jahres direkt und etwa 400 000 weiteren Arbeitslosen indirekt Arbeit geben. Das würde also nur einem Bruchteil der Arbeitslosen Hilfe bringen. Der große Umfang der Arbeitslosigkeit und die ganz unsicheren Zukunftsaussichten erfordern eine viel großzügigere Aktion.

Kollegen!
Verbreitet den „Schuhmacher" auch unter den Arbeitslosen!

Die Bankensanierung

Ueber die Einzelheiten der Bankensanierung herrschte ziemliche Unklarheit, insbesondere über die vorgenommene Abwertung sowie über die Sanierungsbeiträge des Reichs. Nach einer Darstellung im „B. T." Nr. 99 beträgt die Gesamtabwertung bei der DD.-Bank, der Dresdner Bank-Bank, der Commerz- und Privatbank sowie der Adca-Alla. Deutsche Kreditanstalt rund 940 Millionen Mark. Bei der Deutschen Bank und Discontogesellschaft beträgt die Verminderung des Reservefonds und die Kapitalzusammenlegung sowie Streichungen für uneinbringliche Forderungen usw. 291 Millionen Mark. Die Dresdner und Danatbank hat 491 Millionen aus der Zusammenlegung von Aktien, aus offenen Reserven, Abschreibungen und Buchgewinnen „abgeschrieben", bei der Commerz- und Privatbank setzt sich der verbindbare Abwertungsbetrag von 123 Millionen aus Zusammenlegungsgewinnen, offenen Reserven und aus dem Jahresgewinn zusammen.

Droht eine Weltinsolvenz?

Von Paul Szende.

Auf erzsischen Gefilden, unter sengender Sonne flammen Scheiterhaufen auf. Millionen Sacke Kaffee, Marmeter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, werden dort verbrannt, um den Kaffeepreis in die Höhe zu treiben. Nicht nur den Flammentod erleiden diese Warmer, oft werden sie, um die hohen Kosten des Verbrennens zu ersparen, mohlmdnbt ins nasse Grab des Ozeans verlegt. Brasiliens riesiste Kapitalisten haben eine Art des Flammentodes erfunden, die, gemessen an den anderen, sogar einen Sieg der Wirtschaftlichkeit bedeutet: Kaffee aber ebenso Weizen und andere Getreidesorten werden verheizt. In den Industrien der großen nordamerikanischen Union richtet sich die Durchschnitt diesmal nicht gegen arme Neger, sondern gegen die Ueberproduktion. Unzählige Ballen Baumwolle werden den Flammen der ersten Kisten übergeworfen: die haitische Mitz marschiert auf, um zu verhindern, daß die Erdölproduzenten einendent ihres Namens etwa wirklich produzieren . . .

Der Kapitalismus von der Weltkrise immer enger eingekeilt, macht verzweifelte Versuche, diesen Ring zu durchbrechen. Massenhafte Vernichtung von Rohstoffen und Lebensmitteln versucht bisher keinen anhaltenden Erfolg zu erzielen. In dieser verzweifelten Lage entwickelt sich ein Ziel mit dem höchsten Einsatz, den je die Weltgeschichte sah: um seine Herrschaft zu retten, sieht sich das Geldkapital genötigt, einen erheblichen Teil seiner Kapitalien, einen Teil seines ureigensten Wesens zu vernichten.

•

Mit grausamer Folgerichtigkeit verrichtet die Krise sämtliche Heilkräfte, die der Kapitalismus geschaffen hat: das englische Pfund, die nordischen Kronen, der japanische Yen liegen bereits auf der Strecke; der Schweizer Franken und der holländische Gulden versuchen sich mit einer indischen goldenen Mauer zu umgeben — wie lange noch, wer konnte es heute sagen? Selbst der oberste Gott der kapitalistischen Welt, der Dollar, fühlt den Thron unter sich wanken. Im Zusammenhang mit der Gründung einer Kreditorganisation, die die Bestimmung hat, durch Erweiterung der Kredite den Handel zu beleben, war die amerikanische Regierung gezwungen, wiederholt zu erklären, daß sie an keine Inflation denke. Welche Beschämung für den Weltbeherrscher, sich zu solchen Erklärungen herabzuwürdigen, die bisher nur Regierungen kleiner osteuropäischer oder zentralamerikanischer Staaten abzugeben pflegten! Gewiß, die Gefahren einer Inflation sind groß, die des Zusammenbruches aber unabeuer. So wird der Kapitalismus vielfach gegen seinen Willen gezwungen, einen Weg einzuschlagen, der zu einer Waisenvernichtung seiner Geldkapitalien führen muß. Auf dem Scheiterhaufen liegen, den Flammentod der Entwertung erwartend, diesmal nicht Kaffeesäcke oder Baumwollballen, sondern Staatsschuldverschreibungen, Schatzscheine, Aktien, private Schuldverschreibungen und Wechsel.

•

In den letzten Monaten haben sich Ereignisse abgespielt die geeignet sind, eine solche Politik in den Augen der Kapitalisten zu rechtfertigen. Seit der Aufhebung der Goldwährung in England hat das englische Pfund ein Drittel seines Wertes eingebüßt. Die englische Volkswirtschaft besitzt im Ausland Forderungen, deren Betrag vier Milliarden Pfund — 80 Milliarden Reichsmark in Goldparität — übersteigt, die Entwertung des englischen Volksvermögens beträgt daher bei diesen Posten 1,66 Milliarden Pfund. Trotzdem ist in England von einem nahen Zusammenbruch gar nichts zu verspüren; im Gegenteil, es ist klar, wenn auch nicht bedeutende Erleichterung zu verzeichnen. Wie lange sie andauern wird, gehört freilich auf ein anderes Blatt. Hatte man aber vor drei Jahren gesagt, daß das Pfund innerhalb weniger Monate ein Drittel seines Wertes einbüßen könne, so hatte die Mehrheit der Fachleute den vollständigen Zusammenbruch der englischen Wirtschaft vorausgesagt.

•

Wir wollen nicht behaupten, daß der Kapitalismus planmäßig seine eigene Entschuldung durch Geldentwertung vorbereitet. Es wäre ein unverdientes Kompliment, Kapitalisten ein solcherlei Tun und planmäßiges Denken zuzumuten. Nur der bittersten Not gehorchend, beheimaten sie sich mit dem Gedanken der Weltinflation und der Weltinsolvenz. Der Prozeß geht sozusagen vor sich; erst nachträglich, nachdem eine Katastrophe eingetreten hat, entdecken sie, daß dieses Unglück auch manche andere Zeite bietet. Die Entwertung des Pfundes kann die vier Milliarden Pfund ausländischer Forderungen entwerten, aber die Staatsschulden Englands machen das Doppelte dieses Betrages aus; in gleichem Maße, wie das Pfund sich entwertet, wird die Tilgung des Staatshaushaltes erleichtert. Bisher galt es als heiliges Glaubensdogma des Kapitalismus, das Sinken des Zinsfußes der Staatsanleihen nur mit Zustimmung der Gläubiger geschehen kann; jetzt kommt aus England die Nachricht, daß die Regierung allen Ernstes einen Plan vorbereitet, der die zwangsweise Herabsetzung — Konversion — des Zinsfußes der Staatspapiere um zwei Prozent vorsieht. Es verdient kaum ein Tag, wo nicht in ausländischen Zeitungen auf das Beispiel Deutschlands, das durch die vollständige Entwertung der Mark seine ganzen Verkriegs- und Kriegsschulden los geworden ist, hingewiesen wurde. Die Inflation wird allmählich zur großen Mode: der Kapitalismus frißt, wie der Gott der griechischen Sage, seine eigenen Kinder, die durch ihn selbst akkumulierten Kapitalien auf.

Zweifellos geben in dieser Frage die Interessen der verschiedenen kapitalistischen Gruppen auseinander. Die Kreise, die daran zu verlieren haben, werden sich mit allen Kräften dagegen wehren. In den großen westlichen Ländern würden die Leidtragenden in erster Reihe die kleinen Sparer und Rentner sein; über ihre Leichen hinweg werden die kapitalistischen Großschuldner schreiten. Bisher spricht man nur von den Staatsschulden. Zwangsläufig werden aber auch die Privatforderungen in diesen Wirbel der Entwertung hineingezogen. Wie dieser Prozeß halt machen und wie groß das Maß der Entwertung sein wird, ist vorläufig noch keineswegs absehbar. Diese Politik würde aber nicht solch mächtige Fürderer gefunden haben, wenn sie nicht von der Hoffnung getragen wäre, daß am Ende des Entwertungsprozesses Industrie, Landwirtschaft und Staatshaushalt schuldenlos dastehen werden und eine neue Konjunktur beginnen kann.

Die Weltgeschichte der eingefrorenen Kredite nähert sich einem neuen Kapitel, dem der Weltinsolvenz.

Reich hat 35 Millionen aus Buchgewinnen, Abschreibungen und Betriebsgewinnen „entnommen".

Auf Kosten ihrer Aktionare und aus eigener Kraft haben die Banken 547,18 Millionen Mark aufgebracht. Die Hilfe des Reiches betrug 458 Millionen Mark, wovon 89,5 Millionen Mark rückzahlbare Kapitalhilfen sind, während 368 Millionen als endgültig verloren betrachtet werden können. Als Beweis muß das Reich insbesondere buchen: 100 Millionen aus der Zusammenlegung von 300 Millionen Mark Dresdner Bank Vorzugsaktien (33:2), 48 Millionen aus unentgeltlicher Ueberlassung von Dresdner-Bank Aktien an die Goldeskontbank, 12,5 Millionen Zusammenlegungsverlust aus Dresdner-Bank-Stamm-Aktien, die im Besitz des Reichs sind, 7,5 Millionen Mark gleiche Aktien an die Danat-Aktionare, 100 Millionen Verlustreserve der Danat Bank, 30 Millionen Abwicklungsfonds für Bankangestellte.

Die Regierung hat den vier Großbanken also recht großzügig geholfen. Darüber hinaus hat die Regierung in den abgelaufenen Monaten auch bei anderen Banken und bei Genossenschaftsinstituten mit — meist unbekannt gebliebenen — Beträgen helfend eingegriffen und den Subventionsspielraum so weit gegeben, daß er für weitere notwendige Hilfsmaßnahmen ausreicht. Das vom Reich vorgenommene Sanierungswerk steht in der Geschichte der Weltwirtschaft einzig da. Seine wirtschaftlichen sowie politischen Auswirkungen lassen sich vorläufig noch nicht in vollem Umfang übersehen.

Für die Gewerkschaftsjugend

März

Es ist ein Schnee gefallen,
Denn es ist noch nicht Zeit,
Daß von den Blümlein allen,
Daß von den Blümlein allen,
Wir werden hocherfreut.

Der Sonnenblick betrüget
Mit mildem, falschem Schein,
Die Schwalbe selber lüget,
Die Schwalbe selber lüget,
Warum? Sie kommt allein!

Sollt ich mich einzeln freuen,
Wenn auch der Frühling nah?
Doch kommen wir zu zweien,
Doch kommen wir zu zweien,
Gleich ist der Sommer da.

Goethe.

Neue Bestimmungen für Benutzung der Jugendherbergen

Von der Leitung des Jugendherbergswesens wird folgendes bekanntgegeben:

Der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen beschloß im vergangenen Jahre auf Grund eingehender Prüfungen folgendes:

Ab 1. Januar 1932 wird:

a) die Gesamtzahl der Uebernachtungen für Einzelwanderer auf 42 im Jahre beschränkt. In geeigneten Fällen kann Erneuerung der Ausweise erfolgen;
b) das Recht auf Aufenthaltsdauer für Einzelwanderer auf zwei nachfolgende Nächte beschränkt;
c) das Benutzungsrecht für mehr als Zwanzigjährige von der Mitgliedskarte durch Schaffung eines Herbergsbenutzungsausweises getrennt.

In Ausführung dieses Beschlusses, der in erster Linie Tippelbrüder, Walzbrüder und sonstige unerwünschte Gäste von den Jh. fernhalten sollte, werden vom 1. Januar 1932 ab ganz neue Mitgliedskarten und Bleibenausweise ausgestellt, die auf der Rückseite 42 Stempelfelder tragen. Jede Uebernachtung muß im neuen Jahre durch den Herbergsvater nach Ort und Tag abgestempelt werden.

Diese Beschlüsse werden in Uebereinstimmung mit den am beschränkten Wandern beteiligten Stellen durchgeführt, nämlich

1. dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, 2. den Gewerkschaften aller Richtungen, 3. dem Katholischen Gesellenverband, 4. den Arbeitsämtern.

Es zeigt sich nun, daß nicht überall Sinn und Durchführung dieser neuen Maßnahmen richtig erkannt sind. Die Beschränkung auf 42 Uebernachtungen im Jahre gilt nicht für Wandergruppen, sondern für Einzelwanderer, aber auch für diese nicht unterschiedslos. Die Beschränkung trifft in erster Linie die sogenannten Dauerwanderer, bei denen die Gefahr des Asozialisierens und Tiefersinkens von ihrer sozialen Stufe besonders groß ist und die nach aller Erfahrung von den Jh. ferngehalten werden müssen. Wer aber so eifrig wandert, daß er weit mehr als 42 Uebernachtungen im Jahre erreicht, und seiner ganzen Persönlichkeit nach als würdig angesehen werden muß, dem wird die zuständige Ausweisausgabestelle nach Prüfung aller Umstände einen neuen kostenlosen Herbergswanderer- oder Bleibenausweis nicht verlagen.

Bisher konnte z. B. die Mitgliedskarte von vornherein nicht verweigert werden, auch dann nicht, wenn der Ausweisholer der Ausgabestelle nach irgendeiner Seite hin verdächtig erschien; denn sie gilt in erster Linie zur Unterstützung unseres Werkes, verleiht Stimmrecht und konnte bisher bei Mißbrauch nur mit einem Sperrvermerk gegen weitere Benutzung versehen, also nicht entzogen werden. Fortan kann die Ortsgruppe zwar unbedenklich die Mitgliedskarte ausstellen, hingegen in begründeten Fällen den abtrennbaren Benutzerausweis verweigern.

Auch die zweite Bestimmung wird vielfach wörtlich und damit zu eng ausgelegt. Ein aufmerksamer Leser wird feststellen, daß die Bestimmung nur grundsätzlich das Recht der Aufenthaltsdauer beschränkt. Nach wie vor bleibt es also dabei, daß jeder gern gesehene Gast so lange in einer Jh. bleiben kann, wie es ihm gefällt, d. h. wenn er nicht bestimmungsgemäß neuen Gästen Platz zu machen hat.

Die Presse des Großkapitals

Welche ungeheure Machtfülle in **der Beherrschung der Presse liegt**, kann immer wieder bei den Wahlen beobachtet werden. Wenn soeben im ersten Wahlgang zu den Reichspräsidentenwahlen Duesterberg es auf mehr als 2,5 Millionen Stimmen bringen konnte, so kann man darauf wetten, daß dies zum guten Teil auf den Hugenbergschen Pressebeeinflussungsapparat zurückzuführen ist. Daß die Hugenbergpresse im übrigen direkt oder indirekt Hitler Zutreiberdienste leistet, kann keinem Zweifel unterliegen. Wenn bereits damals, kurz nachdem mit dem verlorenen Krieg das alte Reich zusammenstürzte, die Deutschnationalen wieder als die stärkste Partei in den Reichstag einzuziehen vermochten, so verdankten sie das eben der Beherrschung eines großen Teils der Presse. Die Hugenberggruppe der Deutschnationalen fehlte selbst bei den Septemberwahlen von 1930 mit 41 Abgeordneten in den Reichstag zurück, während die von ihr abgesplitterte und die nahestehenden Gruppen abgesehen von dem Nazi-Wahlgewinn) es auf 40 Abgeordnete brachten.

In einem Vortrag vor den Kollegen, die den vorjährigen Kursus an der Berliner Gewerkschaftsschule besuchen konnten, erleuchtete Kollege Trefflich eingehend diesen Pressebeeinflussungsapparat des Großkapitals. Aus den betreffenden Ausführungen seien hier einige Einzelheiten mitgeteilt:

Der Grundstein zu dem, was wir heute Hugenberg-Konzern nennen, wurde schon während dem Weltkrieg gelegt. Der große Berliner Scherlverlag drohte, so glaubte man damals, in die Hände von Wolffe übergehen, also verjudet zu werden. Bethmann Hollweg griff vermittelnd ein. Er trommelte eine Anzahl Geldgeber zusammen, die den Verlag sanierten — wenigstens für eine kurze Weile. Bald stellte sich aber heraus, daß August Scherl die Herren geboxt, über den Löffel balbiert hatte, und daß nochmals 10 Millionen dazugehörten, dem Verlag auf die Beine zu helfen und August Scherl selbst abzustoßen. Die erforderlichen Mittel wurden hauptsächlich von Krupp, Kirdorf und Robert Meyer (Harpener Bergbau AG.) aufgebracht. Der Scherlverlag mit seinen zwei Dutzend Zeitungen und Zeitschriften (als wichtigste neben dem „Berliner Lokalanzeiger" waren zu nennen „Der Tag", „Montag", „Deutsche Zeitung", „Woche", „Gartenlaube", „Berliner Nachtausgabe", „Magazin") ist ein außergewöhnlich umfangreiches Presseunternehmen. In späteren Jahren brachte es der Großindustrielle Stinnes fertig, die „Norddeutsche Verlagsanstalt" und damit das offiziöse Organ des Reiches und Preußens, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", an sich zu bringen.

Später wurde von Hugenberg der schwerindustrielle Feldzug zur Eroberung der deutschen Presse fortgesetzt. Natürlich erschien es ausgeschlossen, auch nur den größten Teil der 3300 in Deutschland bestehenden Zeitungen etwa aufkaufen zu können. Es wurde ein anderer, nicht minder Erfolg versprechender Weg gewählt.

Das Wesen des Hugenberg Konzerns besteht darin, daß nebeneinander eine Reihe unabhängiger, ganz unverdächtig klingender Gesellschaften besteht, die alle aufeinander abgestimmt sind und eine ganz bestimmte Funktion erfüllen. Hugenberg gab im Frühjahr 1918 seinen Posten im Krupp Direktorium auf, um sich ganz seiner „Mission" zu widmen. Zur Aufrüstung für das Durchhalten sich einsetzender Schwerindustrie war bereits während des Krieges mit vier Millionen Reichsmark die „Bera-Verlagsanstalt GmbH. Berlin" gegründet worden, deren Zweck es war, notleidende, für das Durchhalten eintretende Zeitungsunternehmungen zu unterstützen. Die Hilfe und organisatorische Beratung wurde gleichzeitig von der Bedingung geschäftlicher Kontrolle abhängig gemacht. Sein Bestreben führte Hugenberg wirtschaftlich und organisatorisch mit Stinnes zusammen. Durch die Telegraphen Union (TU.), der großen Konkurrenz des WTB., haben Stinnes-Hugenberg eine ganze Anzahl Berliner Korrespondenzen und Zeitungsdienste für die Provinzpresse erwerben lassen. Die Telegraphen Union bedient rund 1200 bis 1500 deutsche Blätter aller Größen. In der „Wipro" (Wirtschaftsberatung der Provinzpresse) wurde ein Institut zur Gängelung der Kleinpresse durch Material-, Motiven und Einrichtungsabteilung gegründet und damit erreicht, daß die geistigen Leiter der Sache mit der Tendenz ihrer Pressebeeinflussung in die kleinsten Dörfer vordrangen. Im Jahre 1922, als die deutsche Presse verzweifelt mit der Wirtschaftskatastrophe rang, gründete Dr. Hugenberg in Berlin die deutschnationale „Mutuum Darlehens AG.", ausgesprochen zu dem Zweck, den notleidenden Zeitungsverlagen Papier zu liefern. Ganz unter seinem Einfluß hat auch die Alterum-AG., eine volksparteiliche Schwestergründung mit denselben Aufgaben wie die Mutuum. Neuerdings hat Hugenberg seine Unternehmen in der Dachgesellschaft „Deutsche Gewerbehaus AG." zusammengefaßt. Durch die von diesen Darlehens-Gesellschaften getätigten Verträge erlangte Hugenberg jedenfalls Gelegenheit zu wertvollen Einblicken in viele Zeitungsbetriebe. Die Zeitunternehmungen (Kapital 27 Millionen) gelangten schließlich völlig unter seine Kontrolle. Die enge Allianz zwischen Stinnes und Hugenberg war unter anderem zu beobachten bei der „Wipro" (Mitteldeutsche Verlagsanstalt), die in Erfurt, Halle und anderen mitteldeutschen Städten Zeitungen unterhält. Hugenberg besetzte hier den Posten des Vorsitzenden im Aufsichtsrat.

Zur planmäßigen Eroberung der deutschen Presse gehörte auch die Eroberung des Annoncenwesens. Die zum Hugenberg-Konzern gehörige Annoncenvermittlungsfirma AGI (Allgemeine Anzeigen Gesellschaft) nachdem sie sich mit den Annoncenbüros Haasenstein & Vogler sowie Daube vereinigt hatte, stellt ein mächtiges Unternehmen dar, das Geschäftsbeziehungen bis in die kleinsten Provinzorte unterhält.

Dr. Hugenberg, das Haupt des Bera-Konzerns, ist auch der Vorsitzende in der bereits genannten Telegraphen-Union, deren Aufgabe es ist, den Zeitungen Nachrichten zu vermitteln. Dieses Unternehmen, das eine sehr große Verbreitung hat, ist in der Lage, für die Zeitung alles zu liefern, vom politischen Leitartikel angefangen bis zur Rätselecke. Die TU. befestigte sich besonders nach dem Kriege, als es ihr 1921 gelang, sich das Korrespondenzbüro Rud. Dammert G. m. b. H., das sich bisher in dem Besitz der Kölner Eisenleute Otmar Strauß und Otto Wolff befand, einzuverleiben. Dammert selbst, der sich auf die Seite des neuen

Jack London

Die Insel Berande

Copyright 1927 by Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin. — Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 68

(37 Fortsetzung)

„Fräulein Lackland ist mein Partner und Teilhaber von Berande", unterbrach ihn Scheldon.

„Das hat sie gesagt", polterte der Kapitän ärgerlich. „Aber hatte keine Papiere, um es zu beweisen. Wie sollte ich es wissen? Und dann hatten wir doch die Ladung Elfenbein-und Acht Tonnen".

„Beginnen Sie doch mit dem —" versuchte Scheldon einzuwerfen.

„Und dann hat sie diese Trunkenbolde angestellt, drei von den schlimmsten Kerlen, die je die Salomons unsicher gemacht haben — fünfzehn Pfund pro Kopf und Monat — was sagen Sie dazu! Zit noch dazu mit ihnen weggesegelt! Ach — geben Sie mir einen Schluck zu trinken. Der Missionar wird nichts dagegen haben. Ich bin jetzt vier Tage auf einem Abstinenzschiff gefahren und pfeife auf dem letzten Loch."

Doktor Velshmere nickte als Antwort auf Scheldons fragenden Blick. Biaburi wurde geschickt, um Whisky und Sodawasser zu holen.

„Es steht also fest, Kapitän Olson", sagte Scheldon, als der Seemann sich gestärkt hatte, „daß Fräulein Lackland mit Ihrem Schiff ausgerückt ist. Also jetzt erzählen Sie mir bitte mal klar und deutlich, was geschehen ist."

„Schon: Also ich war gerade mit der Flibberty-Gibbet eingelaufen. Ehe der Anker unten war, war sie schon an Bord in ihrem Boot mit ihrer Bande von Lahtinanern, diesem verfluchten Adamu Adam und den andern. „Ankern Sie nicht, Kapitän Olson", rief sie. „Sie müssen nach Punga-Punga segeln." Ich sah sie an, ob sie vielleicht zu viel getrunken hätte. Was sollte ich davon halten? Ich drehte gerade neben der Kutsche — einer kritischen Stelle —, indem ich die Koppel einholte und die Fahrt verminderte, und daher sagte sie: „Entschuldigen Sie, Fräulein Lackland", und rief nach unten: „Laßt fallen!" „Wenn Sie auf mich gehört hätten, würden Sie sich die Mühe gespart haben", sagte sie, während sie über die Reling kletterte. Dabei sah sie vorn den ersten Steuermann aus und sagte: „Fünfzehn Faden", sagte sie: „Jetzt können Sie den Anker wieder aufhieven lassen." Und dann gerieten wir aneinander. Ich glaubte ihr nicht. Ich glaubte nicht, daß sie Ihr Teilhaber sei, sagte ihr das und verlangte Beweise. Sie wurde laut und heftig, und ich sagte ihr, ich sei alt genug, um ihr Großvater zu sein, und ließe mir von solch einem kleinen Ding wie sie nichts vormachen. Und dann befahl ich ihr, die Flibberty zu verlassen. „Kapitän Olson", sagte sie mit ihrer süßesten Stimme, „ich habe ein paar Minuten Zeit für Sie. Und ich habe einen guten Whisky drüben auf der Emily. Kommen Sie mit. Ich möchte gern Ihren Rat wegen der Bergung der Martha hören. Alle sagen, daß Sie ein glänzender Seemann sind" — das hat sie gesagt: glänzend! Und ich ging in ihrem Boote mit, das Adamu Adam steuerte, wobei er so ernst aussah wie bei einem Begräbnis. Unterwegs erzählte sie mir, daß sie die Martha gekauft hatte und das Schiff abbringen wollte; daß sie die Emily gechartert und, sobald ich die Flibberty klar hätte, in See gehen würde. Was sie sagte, schien mir ganz vernünftig zu sein, und ich erklärte mich bereit, nach Berande zu fahren und Order von Ihnen zu holen, nach Punga-Punga zu segeln. Aber sie sagte, daß sie keine Sekunde mit solchem Unsinn verlieren könne, daß ich direkt mit nach Punga-Punga segeln und daß sie sich, wenn ich nicht an die Teilhaberschaft glauben wolle, eben ohne mich und die Flibberty behelfen müsse.

„In der Kajüte der Emily waren die drei Säufer — Sie kennen sie auch, Fowler, Curtis und dieser Brahms. „Trinken Sie ein Gläschen", sagte sie. Die Leute schienen überrascht zu sein, als sie den Whiskyschrank aufschloß und einen Nigger nach Gläsern und Wasser schickte. Aber sie mußte sie heimlich eingeweiht haben, denn sie wußten genau, was sie zu tun hatten. „Sie müssen mich entschuldigen", sagte sie, „ich muß für eine Minute an Deck." Nun, die Minute wurde zu einer halben Stunde. Ich hatte seit zehn Tagen nichts getrunken. Ich bin ein alter Mann, und das Fieber hat mich geschwächt. Außerdem trank ich auf nüchternen Magen, und die drei Säufer gingen mir mit schlechtem Beispiel voran. Sie wollten mich überreden, die Flibberty nach Punga-Punga zu fahren, aber ich erklärte ihnen, daß meine Pflicht mir das nicht erlaubte. Das Schlimme war, daß während dieser Auseinandersetzungen andauernd getrunken wurde. Und ich bin doch kein Säufer und bin vom Fieber geschwächt. Nun einerlei, nach einer halben Stunde kam sie wieder herunter und sah mich scharf an. „Das genügt völlig", sagte sie, wenn ich mich recht entsinne. Damit ergriff sie die Whiskyflasche und warf sie durch die Luke über Bord. „Das war die letzte", sagte sie zu den drei Säufern, „bis die Martha flott ist und Sie wieder in Gubutu sind. Es wird eine lange Pause im Trinken geben", sagte sie. Und dann lachte sie. Sie sah mich an und sagte nicht zu mir, sondern zu den andern: „Wissen Sie — es wird Zeit, daß dieser würdige Mann an Land geht" — ich, würdiger Mann! „Fowler", sagte sie — wissen Sie, es war ein direkter Befehl, und sie nannte ihn nicht einmal „Herr"; sie sagte nur „Fowler" — „Fowler", sagte sie. „Lassen Sie Adamu Adam das Boot klar machen und Kapitän Olson an Land schaffen; unterdessen wird Ihr Boot mich auf die Flibberty bringen. Sie drei fahren mit mir; packen Sie Ihre Sachen. Wer von Ihnen sich am anständigsten benimmt, bekommt die Stelle des Steuermanns. Kapitän Olson hat keinen Steuermann, wie Sie wissen."

„An das, was nun geschah, kann ich mich nur noch dunkel erinnern. Sie boden mich über Bord, und ich bin wahrscheinlich im Boot eingeschlafen. Als ich aufwachte, sah ich, wie das Großsegel der Flibberty hochging, und hörte das Rasseln der Ankerkette beim Einholen. „Bring mich auf die Flibberty", sagte ich zu Adamu. „Ich setze Sie am Strande ab", sagte er. „Wissie Lackalanna sagen, Strand sehr gut für Sie." Sie sehen, ich tat für die Firma, was ich tun konnte. Aber dieser Adamu schob mich einfach auf den Boden, setzte seinen Fuß auf mich, so daß ich mich nicht rühren konnte, und steuerte ruhig weiter. Das ist alles! Ich habe vor Aufregung das Fieber gekriegt. Und jetzt bin ich gekommen, um zu erfahren, ob ich der Kapitän der Flibberty bin oder dies kleine Ding von Ihnen mit ihrer heidnischen Seemannsmannschaft."

(Fortsetzung folgt.)

Sie müssen lesen:

Die neueste Massenbroschüre, die zum erstenmal Punkt für Punkt das Hitler-„Programm" widerlegt.

Sie ist 32 Seiten stark und zum Preis von 10 Pfennig in der Volksbuchhandlung erhältlich.

1000 Worte Hitler!

Staates gestellt hatte, wollte nicht sein Lebenswerk an politische Gegner ausgeliefert sehen. Aber seine Gegenpartner kamen doch ans Ziel. Sie ließen durch Strohmänner die „Patria, Literarische Verlags-AG." gründen, die die Tammert-Korrespondenz erwarb und eines schönen Morgens erwachte Rudolf Tammert als Angestellter Hugenbergs — und ging! Der Telegraphen-Union wurde auch ein Parlamentsdienst sowie der „Deutsche Handelsdienst für Industrie Nachrichten" angegliedert. Ueber die Größe eines solchen Nachrichten-Unternehmens weiß der Zeitungsleser sich keine rechte Vorstellung zu machen. Es mag hier nur erwähnt sein, daß in dem gewaltigen Gebäude der TU. in Berlin 500 bis 600 festangestellte Beamte und dann etwa neunzig Redakteure beschäftigt sind. Die Zahl der Mitarbeiter an allen großen Plätzen der Welt wird auf rund 2000 geschätzt.

Hugenberg ist es gelungen, beinahe 50 Prozent der deutschen Presse in dieser oder jener Form in seinen Bereich einzubeziehen, diejenigen Zeitungen nämlich, die durch seinen Konzern mit Nachrichten, politischen Leitartikeln, Feuilletons, Bildern usw. versehen werden. Ueber das Zeitungswesen hinaus ist Hugenberg auch auf das Gebiet der Filmunternehmungen vorgedrungen. Zu seinem Konzern gehört u. a. die „Teuta Film-A.-G." mit ihren zahlreichen Zweiganstalten; auch in der „Ufa" hat sich Hugenberg bestimmenden Einfluß zu sichern gewußt.

Alles in allem eine ungeheure Beeinflussungsmacht, die es uns, die wir politisch auf der entgegengesetzten Seite stehen, so recht klar werden läßt, was der Arbeiterklasse der Besitz einer eigenen, unabhängigen Presse zu bedeuten hat. Die Industriegewaltigen sehen in der Pressemacht ihr besonderes Instrument. Die Presse der Arbeiterklasse ist ihnen nicht minder verhaßt, wie die Arbeiterorganisationen selbst. Ja, die Arbeiterpresse ist ihnen noch weit mehr ein Stein des Anstoßes, da sie das Bindeglied darstellt, das die Organisationen, die Massen zusammenhält.

Diese Tatsachen erkennen, sie bis in die letzte Arbeiterfamilie hinein begreiflich machen, ist die Aufgabe der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Betrachtungen zur Reichspräsidentenwahl

Die besondere Art der durch die Verfassung im Artikel 41 bestimmten Volkswahl des Reichspräsidenten findet in sehr vielen Diskussionen eine vollkommen falsche Darstellung. Nicht in letzter Linie ist die richtige Erkenntnis der politischen Verhältnisse nur möglich, wenn auch die formalen Gesetze genau bekannt sind.

Der Artikel 41 der Reichsverfassung lautet:

„Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt.

Wahlbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.

Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz."

Was bestimmt nun das Reichsgesetz?

Wahlberechtigt ist, wer das Wahlrecht zum Reichstag hat. Die Wahl ist direkt und geheim. Der Wahltag wird durch den Reichstag bestimmt.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte **aller abgegebenen gültigen Stimmen erhält.** Hat keiner der Kandidaten diese sogenannte absolute Mehrheit erhalten, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Hier gilt derjenige als gewählt, der die höchste Stimmenzahl erhalten hat.

Hieraus ergibt sich, daß weder eine Stichwahl noch engere Wahl etwa zwischen den zwei Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigten, notwendig ist. Es ist auch nichts bestimmt über die im zweiten Wahlgang vorhandene Zahl von Kandidaten. Ebenso können im zweiten Wahlgang völlig neue Kandidaten auftreten, wie dies ja auch bei der Wahl im Jahre 1925 der Fall gewesen ist. Damals kandidierten im ersten Wahlgang Jarres, Braun, Marx, Hellpach und Thälmann. Keiner hatte die notwendige absolute Mehrheit erhalten. Da im zweiten Wahlgang **derjenige gewählt ist, der die höchste Stimmenzahl erhält,** ergab sich für die republikanischen Parteien der Zwang, eine gemeinsame Kandidatur aufzustellen. Der daraus entstandene Volksblock zwang die rechten Parteien, einen noch zugkräftigeren Kandidaten, als es Jarres war, aufzustellen. Sie schlugen Hindenburg vor, der im ersten Wahlgang gar nicht kandidiert hatte. Er wurde damals (1925) gewählt mit 14,6 Millionen gegen 13,7 Millionen Stimmen, die für Marx und 1,9 Millionen Stimmen, die für Thälmann abgegeben worden waren.

Hieraus ergibt sich, daß Parteien, die aus inneren Gründen im ersten Wahlgang an einer eigenen Kandidatur festhalten, im zweiten Wahlgang doch gezwungen sind, sich zu einer Sammelkandidatur — rechts- oder linksradikal oder Mitte — zu entschließen. Dabei liegt die Gefahr nahe, daß Kandidaten, die als Sammelkandidaten im zweiten Wahlgang in Frage kämen, verzichten, weil sie im ersten Wahlgang nicht gewählt worden sind und daher der Verleumdungsflut nicht von neuem ausgesetzt sein wollen.

Die fehlende Bestimmung einer wirklichen Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl ergibt praktisch auch für 1932, daß im zweiten Wahlgang sich drei oder vier Kandidaten gegenüberstehen können.

Jetzt, nach der stattgefundenen ersten Wahl, liegen die Fronten bereits klar. Es geht darum, die Niederlage des Faschismus endgültig zu besiegeln. Diese Wahlmrole, die für die erste Wahl herausgeben wurde, hat erhöhte Geltung für die zweite Wahl! Die Faschisten werden nicht versäumen, ihre Anstrengungen mit verdoppeltem Eifer zu wiederholen.

In dieser Situation gilt nur eins: alles in Bewegung setzen, damit nicht noch in letzter Minute die faschistischen Arbeiterfeinde irgendwelche Ueberraschungserfolge davonzutragen vermögen. Eine Schlacht ist bereits gewonnen.

Nun müssen die Nazis am 10. April gründlich zurückgeschlagen werden!

Frühling 1932*)

Die Sonne tilgt des Winters letzte Reste,
Und ahnungsvoll durchprickelt's uns die Knochen.
Es baut der Osterhase schon an seinem Neste,
Die Frühlingszeit ist wieder ausgebrochen.

Braucht's mit dem Lenz auch schließlich noch ein Weilchen,
Blüht uns doch manches schon in dieser Stunde,
Es blüht die Liebe und die ersten Veilchen,
Es blüht der Dalles in der ganzen Runde.

Es grünt die Saat und wachsen Defizite,
Skandale blühn, Konkurse, Aprikosen,
Sanierung spricht, stillhalten die Kredite,
Und weiter wächst die Zahl der Arbeitslosen.

Aufblühen Zölle, Steuern, Subventionen,
Und nur die Wirtschaft nicht, ganz dummer Weise.
Doch unbeirrt von Goerdelers Aktionen,
Wachsen und blühn auch wiederum die Preise.

Ein Opfer nur hat sich der Frost erkoren,
Herr Kommissar konnt leider es nicht hindern,
Das Blümchen „Preisabbau", es ist erfroren,
Es war zu schwächlich halt zum Ueberwintern.

Doch ließ uns des Geschickes kluges Walten
Mit „süßem" Trostes den Verlust vergüten:
Der Lohnabbau hat besser ausgehalten,
Er zeigt sich jetzt mit seinen schönsten „Blüten".

Ein Unkraut — Hakenkreuz der Reaktion,
Sieht man an jedem „stillen Ort" gedeihen,
„Heil Adolf" brüllend tobt die „Blüte der Nation",
Uns hinterhältig von der Freiheit zu befreien.

Jedoch gemach, ihr werdet euch verpuffen,
Die „Eisern' Front" verdirbt euch diesen Spaß.
Und sollte auch das Fell euch weiter jucken,
So seht euch vor: Dann blüht auch euch etwas. P. G.

*) Diese satirische Zeitbetrachtung geht uns von einem Kollegen zu aus dem pfälzischen Industriegebiet.

Bezirk 6

Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen

Infolge der am 24. April stattfindenden preußischen Landtagswahlen, wird die in Nr. 12 bekanntgegebene

Bezirkskonferenz auf den 8. Mai verlegt

Die Bezirksleitung: J. A.: K. Klein.

•

Büro-Verlegung

Das Orts- und Bezirksbüro Berlin wurde von Engelufer 24/25 parterre im gleichen Hause nach der III. Etage verlegt.

Orts- und Bezirksverwaltung Berlin.

Bezirk 5, Sitz Hamburg

Die bereits in der vorigen Nummer ausgeschriebene Bezirkskonferenz wird wegen der Wahlen in Preußen auf Sonntag, den 8. Mai 1932 verlegt. Tagungsort und Beginn bleibt so bestehen, wie bereits veröffentlicht.

Bezirk 8

Thüringen, Provinz Sachsen und Anhalt

Achtung! Wegen der preußischen Wahlen findet eine Verlegung der Bezirkskonferenz statt. Dieselbe findet nunmehr Samstag, den 16. und Sonntag, den 17. April 1932, im „Volkshaus" zu Erfurt, Johannesstraße 55, statt.

Anträge zur Bezirkskonferenz müssen spätestens bis 11. April bei der Bezirksleitung eingereicht sein. Die Namen der gewählten Delegierten, sowie eventuelle Wünsche auf Beschaffung von Nachtlogis erbitten wir gleichfalls zum 11. April 1932. Jeder Delegierte hat sich durch Mitgliedsbuch und Mandat auszuweisen. Ohne diesem kein Stimmrecht.

Für die Wahl der Delegierten sind die Bestimmungen des Statuts § 12, Ziff. 9 und 10 maßgebend.

Die Bezirksleitung:
J. A.: F. Lorenz.

Der Kapitalist ist nicht Kapitalist, weil er industrieller Leiter ist, sondern er wird industrieller Befehlshaber, weil er Kapitalist ist. Karl Marx.

Bezirk 4

Rheinland und Westfalen

Sonntag, den 8. Mai 1932, vormittags 10 Uhr, in Köln, am decke Tommes, Glockengasse Nr. 37/38, Ecke Hämmergasse,

Bezirkskonferenz

Tagesordnung:

1. Bericht der Bezirksverwaltung.
2. Bericht des Beiratsmitgliedes
3. Bericht der Delegierten und Diskussion
4. Stellungnahme zum Verbandstag und Anträge an denselben.
5. Wahl des Beiratsmitgliedes und Stellvertreters.
6. Wahl der Beisitzer zur Bezirksverwaltung.

Die Wahl der Delegierten regelt sich nach § 12 Ziff. 9 und 10 des Statuts. Anträge auf Zuschuß sind bis zum 19. April an die Bezirksverwaltung zu stellen. Die Namen der Delegierten und Bestellung von Logis erbitten wir bis zum 27. April.

Mandat und Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Die Bezirksverwaltung:
J. A.: Fdr. Weber.

Bezirk 9 (Pfalz)

Samstag, 7., und Sonntag, 8. Mai, im „Volkshaus" zu Pirmasens, Alleestraße 58.

Bezirkskonferenz

Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters.
2. Bericht des Beiratsmitgliedes.
3. Bericht der Delegierten.
4. Vortrag des Kollegen Ludwig (Pirmasens) über: „Ist unsere Gewerkschaftstaktik reformistisch oder revolutionär?"
5. Stellungnahme zum Verbandstag, evtl. Anträge hierzu.
6. Wahl des Beiratsmitgliedes.
7. Wahl der Beisitzer zur Bezirksverwaltung.

Anträge zur Bezirkskonferenz bis spätestens 16. April einreichen. Die Namen der Delegierten sind ebenfalls bis 16. April zu melden. Mandat und Mitgliedsbuch sind zur Konferenz mitzubringen. Die Konferenz wird am Samstag, 7. Mai, 19,30 Uhr eröffnet. Sonstiges wird schriftlich noch mitgeteilt.

Die Bezirksverwaltung. J. A.: J. Demberger.

Bezirk 2

Württemberg, Baden und Hohenzollern

Sonntag, 17. April, vormittags 9,10 Uhr, im Hotel „Zur Stadtgarten" (Metallarbeiterheim), Kanzleistraße 33, Stuttgart:

Bezirkskonferenz

Tagesordnung:

1. Bericht:
   a) des Bezirksleiters,
   b) des Beirats,
   c) der Delegierten.
2. Wahl der Mitglieder zum Beirat und deren Stellvertreter.
3. Wahl der Beisitzer zur Bezirksverwaltung.
4. Stellungnahme zum Verbandstag und Anträge

Für die Wahl der Delegierten gelten die Bestimmungen des § 12, Abs 9 des Statuts und der Beschluß des Frankfurter Verbandstages, wonach jeder Delegierte, der seine Beiträge nicht in der richtigen Klasse liebt, nicht als Delegierter bestätigt werden kann.

Anträge der Zahlstellen sind bis spätestens Samstag, 9. April, an die Bezirksverwaltung einzureichen. Ebenfalls die Namen der Delegierten, mit dem Vermerk, ob Nachtquartier gewünscht wird. — Mitgliedsbuch und Mandat ist zur Konferenz mitzubringen. Alles andere ergibt sich aus dem den Zahlstellen zugegangenen Rundschreiben.

Die Bezirksleitung. J. A.: Ph. Mittwich.

Literatur

„Geheim! Geheim!" Neueste Hetzbriefe gegen Gewerkschaften, gegen Hammerschaften. — Die Veröffentlichung dieser neuen Hetze der Nazis durch die Buchhandlung des RDGB. unter obigem Titel ist im Augenblick als Kampfmittel gegen die Naziplänne von größter Bedeutung. Die Broschüre kostet im Buchhandel 15 Pfennig.

Das Echo der Kanzlerrede im Rundfunk! Ein eingehender Aufsatz des Reichstagspräsidenten Paul Löbe im neuen Heft des „Volksfunk" stellt die Gründe für uns gegen Ueberraschungen aus dem Reichstag zusammen. Er gibt dazu kurz zahlreiche Zitate aus den verschiedensten Kreisen wieder, die einhellig den Ausbau dieser Ueberraschungen fordern, besonders infolge der nachhaltigen Wirkung der Kanzlerrede, die über die deutschen Sender ging. — Der wöchentlich erscheinende „Volksfunk" kann beim Briefträger, wie auch bei der nächsten Buchhandlung, oder auch durch den Volksfunk Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, für monatl. 90 Rpf. u. 6 Rpf. Zustellgebühr bezogen werden.

„Der Nationalsozialismus eine Gefahr für das Berufsbeamtentum." Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. b. H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1. Preis: 50 Pfennig. (Porto 8 Pfennig.)

Die außerordentlich überschriftlich zusammengestellte Broschüre mit ihrem reichhaltigen Material wird dazu beitragen, auch den Beamten, die sich zur Zeit von der skrupellosen nationalsozialistischen Propaganda beeinflussen lassen, zum Bewußtsein zu bringen, daß deren Versprechungen und Verheißungen betrügerisch nichts weiter als eine Art Morgana sind. Laufen sie ihr nach, dann kommen sie in geistiger Unfreiheit und in materiellem Elend um.

Deutschlands Geschichte beginnt nicht erst 1914! Daran erinnert eine kleine Schrift, die soeben im Tietzverlag (Berlin SW 68, Lindenstraße 3) erschienen. Die Schrift, die für 10 Pfennig zu haben ist, wendet sich auf 16 Seiten an die Jugend, die nichts davon weiß, wie es in Deutschland während des Krieges aussah. Die Schrift, verfaßt von einem jungen Sozialdemokraten, wird dann erreichen, was sie in ihrem Titel sagt: „Jugend erwache!"

Karl Kautsky, Kommunismus und Sozialdemokratie! Tietz-Verlag, Berlin. Preis 20 Pfennig. „Vermals unterwirft Karl Kautsky das Problem „Kommunismus" und Sozialdemokratie" einer grundsätzlichen Untersuchung. Wieder handhabt er meisterhaft die Methode der historisch-materialistischen Analyse, die den prinzipiellen Gegensatz zwischen der sozialen Demokratie und der bolschewistischen Partei-Diktatur offenbar werden läßt.

„Soziale Bauwirtschaft." Bezugspreis für Gewerkschafter vierteljährlich 2.— RM. Am 23. März wird in Berlin der Arbeitsausschuß der freien Gewerkschaften eine das Arbeitsfeld berührende Wohnungsbedarfsfragepolitik verlangen und die Wege weisen, die zu diesem Ziele führen. — In Nr. 5 der „Sozialen Bauwirtschaft" beschäftigt sich A. Grünger ausführlich mit den Unterstützungsfonden der Reichsregierung, durch die der Baumarkt völlig zum Erliegen gebracht wurde. Ingenieur A. A. Wohl behandelt in einem Aufsatz die Frage der sozialen Baustoffpolitik.

„Marxistische Tribüne." Das vorliegende Heft 5, das in einem redaktionellen Leitartikel zur Präsidentenwahl Stellung nimmt, erhält sein Gepräge durch eine Reihe informatorischer Beiträge, die Referenten, Funktionären, Kommunalpolitikern wichtiges Material an die Hand geben. Die „Marxistische Tribüne", Halbmonatsschrift für Politik und Wirtschaft, erscheint am 1. und 15. jeden Monats in der G. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Abonnementspreis monatlich 85 Pfennig. Zu beziehen durch die Post, die Buchhandlungen und direkt vom Verlag.

Volksfunk — Arbeiterfunk, die große Funk-Illustrierte der freien Arbeiterbewegung. — Der „Arbeiterfunk" hat und bekommt eine besonders erfreuliche Ueberraschung bereitet. In ganz großem Format, 52 Seiten stark, davon 20 Seiten reich bebildert in Tiefdruck hergestellt, erscheint er von dieser Woche an unter dem Titel „Volksfunk" — Arbeiterfunk.

„Was jeder Arbeitnehmer von der Gesundheits- und Sozialgesetzgebung wissen sollte." Von Dr. H. Lulvis. Verlagsgesellschaft „Courier" G. m. b. H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Direktorium für Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen 1,— RM. Buchhandelspreis 1,50 RM. — Diese inhaltlich in Frage und Antwort gehaltene leicht faßliche Abhandlung erschien in der kurzen Frist von nur vier Monaten in zweiter Auflage.

„Aktentaub." Von Diadrat Drechsler. („Aus dem Tagebuch eines Wohlfahrtsbeschernenden.") Verlagsanstalt „Courier" G. m. b. H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Preis 2.— RM broschiert, 2,50 RM gebunden. — Dieser Blick in das Leben der Bedürftigsten unter den Hilfesuchenden wird vom Menschenfreund mit Nutzen gelesen werden.

Sprachkurse

Anfang April beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) in Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch". Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 RM erhoben. Ermäßigte zahlen die Hälfte. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule, Berlin C 54, Rosenthaler Straße 13 (nahe S-Bahn Borsig- und U-Bahn Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonnabends von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Gewerkschaftliches

Hammerschaftsabzeichen. (Hammer mit Aufschnalle.) Ein Abzeichen für die Hammerschaften. Verkaufspreis 10 Pf., gibt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Leipzig C 1, Reiner Straße 32 heraus. Abzeichen nur an Ortsverwaltungen und Kampfleitungen. Nach der Menge entsprechender Rabatt, bis zu 45 Prozent.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 20. bis 26. März ist der 13. Beitrag fällig

Betrifft:

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlung

Zählen ist Sonnabend (Samstag), der 26. März. Da mit diesem Monat das erste Vierteljahr abschließt, ist die restlose Erfassung aller Kassiererin erforderlich. Durch die Ortskassierungen darf die Berichterstattung seinerzeit Verwaltungsstellung erreichen. Darum berichte jeder beauftragte Kollege pünktlich und gewissenhaft.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. Redaktion: Otto Lueßich, Nürnberg 6 (Abdeckstr.). — Verlag: Zentralvorstand der Schuhmacher (J. Simon, Nürnberg).